

## Glashütte

Rudolf Haase beschreibt historische Prozesse und warum DIE LINKE für den Erhalt von Glashütte gestimmt hat.

Seite 2

## Unsere Heimat

Anita Tack (MdL) hat in Mahlow über das Leitbild der LINKEN in unserer Region gesprochen.

Seite 7

## Jakobikirche

Viele Kulturgüter rücken zunehmend in den Blickwinkel der Bürger, die sich um deren Erhalt bemühen.

Seite 10

# DIE LINKE. AKTUELL

14. Jahrgang, 152. Ausgabe, November 2007

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

## Hier ist DIE LINKE

Mit den Gründungsparteitagen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg am 21./22. Oktober 2007 ist die eigentliche Parteigründungsphase in den Ländern beendet. Dazu erklärt der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Was viele in der Partei selbst nicht für möglich gehalten hatten und allen Unkenrufen der politischen Konkurrenz zum Trotz - an diesem Wochenende DIE LINKE hat sich in allen 16 Ländern konstituiert. Mit den Parteitagen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist damit der eigentliche Gründungsprozess erfolgreich abgeschlossen worden.

DIE LINKE hat sich in rund 350 Kreisverbänden organisiert, ist in sieben Landtagen vertreten, stellt Land-

Kommentiert:

## Für die Interessen seines Volkes

Die westliche Welt ist empört. Putin, der (noch) Präsident von Russland, stellt die Sinnhaftigkeit der Abrüstungsabkommen, die die meisten europäischen Länder seit Jahren noch nicht einmal ratifiziert haben, in Frage, weil Russland mehr und mehr militärisch von den USA und der NATO eingekreist wird.

Ein Raketenabwehrsystem, das angeblich gegen Iran gerichtet sein soll, muss dazu erhalten, Russland direkt zu bedrohen. Dabei genügt ein Blick

räte und Bürgermeister und hat Tausende Kommunalvertreter. Der Zulauf von neuen Mitgliedern hält nach wie vor an. Derzeit haben wir mehr als 72 000 Mitglieder.

Jetzt konzentrieren wir uns neben der inhaltlichen Arbeit vor allem auf die drei anstehenden Landtagswahlen.

Wir haben immer gesagt, die Gründung der Partei DIE LINKE ist kein Selbstzweck. Wir haben wichtige politische Themen gesetzt, an denen die politische Konkurrenz nicht mehr vorbei kommt. Wenn jetzt in der SPD über eine mögliche Kurskorrektur zur unsozialen Politik der Agenda 2010 und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I diskutiert wird, dann ist das auch ein Erfolg der LINKEN.

Dietmar Bartsch  
Bundesgeschäftsführer

auf die Landkarte, dass Iran nicht in der Lage ist, Europa, geschweige die USA, mit seinen Raketen zu erreichen. Nunmehr soll Putin an die Verschlechterung der politischen Verhältnisse schuld sein. Dabei ist nur eines klar: Gorbatschow hat Russland verraten, Jelzin hat Russland im Suff verhökert. Die USA und die NATO können nicht verkraften, dass Putin dem russischen Volk wieder Selbstbewusstsein zurück gegeben hat.

Rudolf Haase

## Ballon gefunden

Der Ballon, den wir von unserem Zuckertütenfest aus gestartet haben, ist gefunden worden.



Maritta beim Zuckertütenfest

Am Ballon hing ein Plakat mit dem Logo Jute 1000 - 1000 Jahre Jüterbog und ein ausgelobter Preis unserer Bundestagsabgeordneten Diana Golze.

Ein junger Mann aus Hamburg, der gerade seine Promotion beendet hat, fand unseren Ballon nahe Schwerin beim Pilze-Suchen. Er war sehr begeistert und wurde von Diana im Deutschen Bundestag empfangen.

Er hat sich die komplette Afghanistan-Debatte von der Tribüne aus angesehen und anschließend bei einem Mittagessen Diana Löcher in den Bauch gefragt. Demnächst, zur Eröffnung unserer Ausstellung der Bilder zum 1000-jährigen Jubiläum, vom Zuckertütenfest, wird Stephan in Jüterbog dabei sein.

Maritta Böttcher



## Museumsdorf Glashütte nunmehr Eigentum des Kreises

Ab den 80-er Jahren fristete das ehemalige Dorf Glashütte mit seiner stillgelegten Glasbläserei ein tristes Dasein. Seitdem die Glasproduktion am 30. September 1980 plötzlich eingestellt wurde und sogar die noch im Ofen befindliche Glasschmelze erkalten musste, wohnten in den Glasarbeiterkaten nur noch wenige Leute. Allein die absolute Stille und die Schönheit der Landschaft lockten einige Ausflügler in dieses Dorf.

Seit 1652 befanden sich die Besitzungen und die später erbaute Glashütte in den Händen der Gutsherren zu Solms Baruth. Mit der Bodenreform 1945 bis 1948 enteignete die sowjetische Militäradministration gemäß dem alliierten Vier-Mächte-Abkommen den Grundbesitz. Nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD weckten die volkseigenen Grundstücke und Immobilien viele Begehrlichkeiten, so auch für die Ländereien um Glashütte und für den Ort selbst. Eine Rückübertragung der enteigneten Grundstücke an die Dynastie zu Solms Baruth wäre dann möglich gewesen, wenn nachweislich der ehemalige Grundbesitzer schon während des Hitlerregimes in Ungnade gefallen und enteignet worden wäre. Nichts leichter als das, dachten sich die Erben zu Solms Baruth (ein Vertreter davon ist Vizepräsident des Bundestages), den Antifaschisten werden wir schon hinkriegeln.

So tauchte plötzlich auch ein Dokument auf, in dem nachgewiesen werden sollte, dass Frau Adelheit, Fürstin von Solms-Baruth/Mark und Klitschdorf/Wehrau, geb. Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aufgrund des aktiven Widerstands gegen das Naziregime bereits 1944 enteignet wurde. Damit hofften die Solms, die Enteignung nach der Bodenreform-Regelung zu kippen. Natürlich mussten dazu noch Verbün-

dete gefunden werden, und man fand sie z.B. in dem Mitglied des Landtages, Christoph Schulze. Sogar Ministerpräsident Stolpe war mit involviert.

Das gefundene Schriftstück erwies sich neben anderen Ungereimtheiten sehr schnell als plumpe Fälschung. Das angebliche Enteignungsdokument von 1944 wurde auf einer Rheinmetall-Schreibmaschine der Produktions-Charge von 1950-53(!) geschrieben. Aber statt diesen kriminellen Betrugsversuch rechtlich weiter zu ahnden, wurde lediglich die Rückübertragung der Baruther Ländereien an derer zu Solms Baruth einschließlich dem Dorf Glashütte verweigert.

Der inzwischen gebildete Verein Glashütte (mit dem zeitweiligen Vereinsmitglied Julian Graf zu Solms Baruth) legte unter dem Vorsitz von Schulze enorme Aktivitäten an den Tag. Mit Hilfe von erklärlichen Fördermitteln, ABM-Kräften u.a. Vergünstigungen wurde Glashütte zu einer touristischen Attraktion entwickelt, die anerkennenswerter Weise ihresgleichen sucht.

Die innovative Geschichte der Glashütte ist eindrucksvoll dokumentiert. Hier wurden u.a. die Thermosflasche erfunden und ein zu damaliger Zeit einmaliges Milchglas entwickelt.

In diesem Museumsdorf wurden ca. 60 feste Arbeitsplätze in 18 Gewerbebetrieben geschaffen. Mit dem Wegfall der großzügigen Fördermittel wurde aber die Arbeit des Fördervereines immer unseriöser und defizitärer.

Der Vorsitzende des Vereins, Ch. Schulze entwickelte sich zu einem „kleinen König“. Glashütte wurde nach Gutdünken verwaltet. Versprechungen, z.B. an Handwerksbetriebe und die vor Ort tätigen Gewerbetreibenden, wurden offensichtlich beliebig oder nach Sympathie erfüllt oder gebrochen.

Mit der Zeit stand das Museumsdorf auf der Kippe. Der Verein konnte so nicht weiterarbeiten. Eine neu gegrün-

dete Heimatstiftung Glashütte war auf dem Papier zwar attraktiv, aber hat nach wie vor keine finanzielle Kraft, das Kulturdorf zu übernehmen. Die geschaffenen Arbeitsplätze mit außergewöhnlichen Gewerken und das einmalige Denkmal standen zur Disposition.

Auf der letzten Kreistagssitzung am 24.09.07 stand ein Antrag der Koalition von SPD/CDU/FDP/BB/Bauernverband zur Abstimmung, dass der Landkreis den Denkmalsbestand von Glashütte übernehmen sollte. Im nicht-öffentlichen Teil der Kreistagssitzung sollte die Übernahme der Immobilien und Grundstücke beschlossen werden.

Für unsere Fraktion DIE LINKE. stand die Frage, wollen wir uns aus sachlichen Erwägungen für das Museumsdorf Glashütte entscheiden oder wollen wir uns in die politischen Querelen der Koalitionsparteien untereinander einklinken. Denn der zur Entscheidung stehende gemeinsame Antrag der Koalition stand besonders bei der CDU in offener Konfrontation zum Verein nebst seinem Vorsitzenden.

Unsere Fraktion DIE LINKE. votierte für Glashütte und ließ sich vom bisherigen Missmanagement des Vereins unter Schulze nicht beeinflussen.

Unser Fraktionsvorsitzender, Jürgen Akuloff, begründete unser Abstimmungsverhalten souverän. Eine Ablehnung der Übernahme durch den Landkreis hätte für die geschaffenen Arbeitsplätze verheerende Folgen gehabt. Die schallende Ohrfeige, die der Landtagsabgeordnete Schulze bei einer Ablehnung der Übernahme erhalten hätte, war uns die Sache nicht wert. Eine Ablehnung des Antrages würde die geschaffenen Arbeitsplätze zur Disposition stellen.

Der Verein Glashütte hätte Insolvenz beantragen müssen. Die geheime Abstimmung im nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzung war trotz Zustimmung

Fortsetzung auf Seite 3

## Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Fraktion DIE LINKE.

### Bürgerhaushalt beantragt

Haushaltsplanung nicht nur den Politikern überlassen

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der SVV Luckenwalde heißt es u.a.:

„Haushaltsplanung ist das wichtigste Feld politischen Handelns. Und das sollten Bürgerinnen und Bürger nicht allein den Politikern überlassen. Beim Bürgerhaushalt sind die Bürger gefragt, wie gepflegt unsere Grünanlagen sind; wie Schulen, Sport- und Spielplätze ausgestaltet werden; wie Angebote von Theater und Bibliothek aussehen;



Fortsetzung von Seite 2

mung für den Antrag mit 13 Gegenstimmen auch eine bezeichnende Entscheidung.

Damit war die Fraktion DIE LINKE. das Zünglein an der Waage für den Erhalt von Glashütte.

Ich möchte alle ermuntern, Glashütte nunmehr wieder zu besuchen, die Ressentiments gegen das Missmanagement aufzugeben und ein Zeichen der Verbundenheit mit dem einmaligen Museum zu setzen. Das Museumsdorf wird (hoffentlich) zukünftig seriöser betrieben. Der Kreis ist Eigentümer der Immobilie und der Ländereien des Museumsdorfes.

Es wurden damit kommunales Eigentum geschaffen und Arbeitsplätze gesichert. Begehrlichkeiten von Glücksrittern sind (hoffentlich) in Zukunft ausgeschlossen. Eigentümer von Glashütte sollten nicht solche wie derer zu Solms Baruth sein, sondern wir, die arbeitenden Menschen.

Rudolf Haase,  
Kreistagsabgeordneter

wie wir Jugendliche fördern; welche Angebote wir für Senioren bereithalten; kurz: wie wir unser Gemeinwesen gestalten.

Wie das Geld verwaltet wird, ist zum größten Teil durch Gesetze festgelegt.

Weitere Aufgaben sind die steuerbaren Aufgaben wie die Kultureinrichtungen, die Sportförderung, Jugend- und Seniorenprogramme, die Grünflächenpflege und die Wirtschaftsförderung. Hier kann die Stadt bestimmen, in welchem Umfang und in welcher Qualität sie der Bürgerschaft Angebote unterbreitet. Deshalb sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass zukünftig die Einwohner an diesen Entscheidungen mitwirken können. Vielerorts gibt es dazu schon gute Erfahrungen.“

Am Beispiel des Berliner Stadtbezirks Lichtenberg stellte unsere Fraktion diese Verfahrensweise im Haupt- und Finanzausschuss vor und traf damit auf offene Ohren der Verwaltung sowie der Abgeordneten.

So schlug die Kämmerin z.B. vor, ein bestimmtes Budget bereitzustellen. Die Einwohner zu befragen, wie Löcher im Haushalt zu stopfen seien, könnte sie nicht empfehlen.

Die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen hielten die Abgeordneten grundsätzlich für positiv.

Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, wer die Vorarbeit zu leisten habe. Hier müssen noch Wege und Verfahrensweisen zwischen Verwaltung und Abgeordneten gefunden werden.

Wenn alles klappt, könnte der Bürgerhaushalt voraussichtlich im Jahr 2010 eingeführt werden.

### Förderung von Kunst im öffentlichen Raum

Kulturausschuss beriet über Antrag der Linksfraktion Kunst im öffentlichen Raum hat für die Lebensqualität und Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Heimatstadt eine große Bedeutung,

darin waren sich alle Abgeordneten einig.

Gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten darf die öffentliche Hand nicht nachlassen, Kunst zu fördern. Ziel einer Richtlinie sollte es sein, die Beteiligung von Kunst bei kommunalen Hochbauvorhaben zu sichern, so unsere Fraktionsvorsitzende, Kornelia Wehlan, im Ausschuss.

Die daraufhin angesprochene Verwaltung äußerte vorsichtig einige Vorbehalte in Richtung Notwendigkeit einer Richtlinie. „Man hat doch bisher auch alles unkompliziert gelöst.“

Deutlich wurde aber, dass es auch aktuelle Bezüge gibt wie z.B. die Bibliothek am Bahnhof oder den Gewerbehof, wo über solche Kunstprojekte noch nicht nachgedacht wurde, diese aber durchaus wünschenswert sind.

Die Ausschussmitglieder stimmten mit dem inhaltlichen Ansinnen des Antrages überein. Verständigungsbedarf gab es noch über Formen und Methoden sowie die Einbeziehung kompetenter Partner, z.B. Künstler.

Deshalb wurde der Vorschlag angenommen, in den Fraktionen weiter zu beraten, um dann im nächsten Hauptausschuss bzw. in der Stadtverordnetenversammlung konkrete Vorschläge einzubringen.

### Ausgaben zum Sozialpass erhöhen sich

Ausdruck der gestiegenen Ausgaben von ehemals 8000 € auf jetzt 32 000 € ist natürlich ein erhöhter Bedarf, der die soziale Lage eines Teils der Bevölkerung widerspiegelt.

Die Fraktion DIE LINKE. steht zu diesen Mehrausgaben. Wir lehnen das Ansinnen einiger Mitglieder des Sozialausschusses ab, über eine Eigenbeteiligung der Sozialpass-Inhaber an Bus-Tickets nachzudenken. Vorschläge über Einsparpotenziale haben wir erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung gebracht.

Manfred Thier, Stadtverordneter

# TRANSPARENT

## LINKE POLITIK IM LANDTAG

### Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

#### Energiepolitik

Mit einem Entschließungsantrag forderte die Fraktion DIE LINKE. den Landtag auf, sich zu einer sozial gerechten und ökologischen Energiepolitik zu bekennen. Diese muss auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien begründet sein. Deshalb steht der mittelfristige Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle auf der politischen Tagesordnung in Brandenburg. Die Landesregierung stellt für eine weitere Verstromung der Braunkohle das CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerk als Bedingung.

Aus unserer Sicht ist es unseriös, die Energiepolitik des Landes auf einem unsicheren technischen Konzept aufzubauen. Der notwendige mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2050 schafft die erforderliche politische Drucksituation auf die Energiekonzerne.

Deshalb fordern wir u.a.

- eine öffentliche Debatte zur künftigen Energiestrategie des Landes,
- eine zielgenaue Förderung effizienter und erneuerbarer Energietechniken.

#### Leiharbeit sozial gerecht regulieren

Leiharbeit ist zwar noch immer eine selten angewandte Beschäftigungsform, aber sie boomt. Etwa 22 % betrug der Stellenanstieg in der Branche in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr.

War Leih- oder Zeitarbeit früher vor allem ein Instrument, um Auftragspitzen aufzufangen, so hat sich dies mittlerweile deutlich gewandelt. Viele Großunternehmen bauen Stammpersonal ab und nutzen statt dessen Leiharbeiter – zu niedrigeren Löhnen und schlechteren sozialen Standards. Aus Sicht der LINKEN ist dies ein klarer Missbrauch zu Lasten der Beschäf-

tigten. Dieser Missbrauch ist auch deshalb möglich, weil die Politik in den letzten Jahren dem Ruf der Unternehmen nach Deregulierung immer stärker gefolgt ist und gesetzliche Regelungen zum Schutz der Beschäftigten zurückgenommen hat. Deshalb ist es geboten, die Entwicklung umzukehren und Leiharbeit sozial gerecht zu regulieren. Die Landesregierung soll sich, so der Antrag der LINKEN, auf Bundesebene für folgende gesetzliche Regelungen einsetzen:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Schutz von regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen,
- betriebliche Mitbestimmung über den Einsatz von Leiharbeitern.

Ausnahmeregelungen, wonach Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern ein geringeres Entgelt als Stammbeschäftigten gezahlt werden kann, sollten zurückgenommen werden. Der Einsatz sollte zeitlich befristet und die lückenlose Weiterbeschäftigung unterbunden werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

#### Defizite in der Bildung beseitigen

DIE LINKE. hat in zwei Anträgen die Landesregierung zu schnellem Handeln aufgefordert, um wesentliche Defizite in der Bildung zu beseitigen. Die Landesregierung will 11. Klassen nicht erst mit 50, sondern bereits mit 40 Schülern eröffnen, aber erst 2009/10. Wir forderten mit unserem Antrag, das bereits für das nächste Schuljahr zu ermöglichen. So könnten mehrere Schulstandorte erhalten werden.

Zweitens hat uns der akute Mangel an Berufsschullehrern im Land Brandenburg veranlasst, die Landesregierung aufzufordern, so schnell wie möglich Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen einzurichten. Dabei sollten Kooperationsmöglichkeiten



zwischen Hoch- und Fachschulen genutzt werden. DIE LINKE. sieht darin den einzigen Weg, um den akuten und künftigen Fachkräftebedarf in hoher Qualität und in einer breiten Berufsbereichspalette abzudecken. Leider wurden beide Anträge abgelehnt. DIE LINKE. unterstützt Elternproteste gegen die Verschärfung der Zugangsbedingungen für das Gymnasium, u.a. Tests von 45 Minuten entscheiden in erheblichem Maße mit über den schulischen und beruflichen Werdegang von Elfjährigen. Das ist unverantwortlich.

#### Zur Funktionalreform

Wir beantragten, die Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen noch in dieser Wahlperiode umzusetzen. SPD und CDU verweigern seit Jahren eine offene und transparente Debatte darüber.

Zur fachlichen Begleitung sollte der Hauptausschuss eine Enquetekommission oder einen Unterausschuss einsetzen. Aus unserer Sicht ist das die letzte Chance, dieses Vorhaben noch mit Leben zu füllen. Mit der Ablehnung dieses Antrages sagt die Koalition nein zur Funktionalreform. <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan  
 Telefon u. Fax: 0 33 71 / 40 65 44  
 E-Mail-Adresse:  
 BueroLukWehlan@aol.com

## „Danke“ aus Ludwigsfelde

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,  
die Bürgermeisterwahl in Ludwigsfelde ist am 7. Oktober mit einem Ergebnis ausgegangen, das so nicht erwartet werden konnte.

Unser Ziel, in die Stichwahl am 28.10.07 zu kommen, haben wir nicht erreicht. Die Ursachen sind vielschichtig. Trotzdem denke ich, dass wir kaum etwas falsch gemacht haben, unsere Möglichkeiten haben wir genutzt, wir sind uns treu geblieben und wir können mit dem 2. Platz als politische Kraft in Ludwigsfelde zufrieden sein.

Erschreckend für mich ist die geringe Wahlbeteiligung von knapp 48 %. Wo soll das noch hinführen, wenn nicht einmal bei einer BM-Wahl das Interesse vorhanden ist.

Die beiden Stichwahlkandidaten erwarten von uns natürlich jetzt entsprechende Unterstützung und haben schon das Gespräch gesucht.

Die 1697 Bürger, die mich gewählt haben, sollen aber selbst entscheiden, wem sie ihre Stimme am 28.10.07 geben wollen.

Dem Landrat habe ich in einem persönlichen Gespräch angedroht, nächstes Jahr bei den Wahlen zum Kreistag anzutreten. Er kann sich übrigens

durchaus eine Rot-Rote Koalition vorstellen, wie er mir sagte.

Nun aber erst einmal meinen allerherzlichsten Dank an alle für die tatkräftige Unterstützung bei meinem Wahlkampf, ob auf finanziellem, körperlichem oder moralischem Gebiet. Der besondere Dank gilt

- der Arbeitsgruppe BM-Wahl unter der Leitung von meinem Freund Rainer Dominok,
  - der Agentur Media-Service Berlin mit Jörg Schubert an der Spitze,
  - dem Plakatklebe-Team, das eine saubere Arbeit geleistet hat,
  - den Plakataufhänger-Teams
  - dem Stadtverband Ludwigsfelde, besonders Renate Klettke und Wolfram Burkhardt,
  - der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung,
  - dem Kreisverband Teltow-Fläming mit Kornelia Wehlan an der Spitze,
  - den zahlreichen Spendern, ohne die solch ein Wahlkampf nicht möglich gewesen wäre,
- und nicht zuletzt meiner Familie, die mich von Anfang an tatkräftig unterstützt hat.

Vielen, vielen Dank!

Mit besten Grüßen

Klaus Hubrig

## Luckenwalde im „Aufwind“?

Am 21. September, wenige Tage vor dem „Tag der deutschen Einheit“, diskutierten wir in der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Luckenwalde über die „wirtschaftliche“ Entwicklung in unserer Stadt. Erik Scheidler, Mitglied der Stadtfraktion unserer Partei, gab wichtige Anhaltspunkte für die Diskussion, erinnerte an die ersten Jahre nach der „Wende“ bis hin zur Umsetzung des Urbanprojektes in Luckenwalde im Jahre 2007. Viele Fragen, Details, Probleme und auch Positives der Entwicklung wurden beleuchtet, vieles konnte nicht ausdiskutiert werden. Wir werden an diese Beratung weiter anknüpfen. Ausgangsposition waren solche Fragen wie:

- Warum hat Trebbin eine andere, wir meinen „positivere“, Entwicklung genommen als Luckenwalde?
- Werden politische Auseinandersetzungen geführt um der Sache willen oder um zu beweisen, wer die „Macht“ in der Stadt hat?
- Hat Urban sein Ziel erreicht – Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen – der Abwärtsspirale zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Luckenwalde entgegenzuwirken?
- Welche Prioritäten sind in der Vergangenheit gesetzt worden und werden heute gesetzt?

Ein erstes Fazit der Diskussion war, viele haben sehr unterschiedliche Wahrnehmungen, was eine „positive“ Entwicklung der Stadt betrifft. Positi-

## Wahl in der Gemeinde Am Mellensee

Um den Bürgermeistersessel bewarben sich insgesamt sieben Bewerber. Darunter war auch unser Genosse Dirk Hohlfeld für DIE LINKE. Ziel war das Erreichen der Stichwahl. Bei einer geringen Wahlbeteiligung von 50,69 Prozent ist dieses Ziel mit 16,15 Prozent nicht erreicht worden.

Die Analyse zeigt, dass Dirk in seinem Stammgebiet Sperenberg und Frauendorf ein gutes Wahlergebnis erreicht hat. Hier war er auch von 1980 bis 1990 hauptamtlicher Bürgermeister und ist seit 1998 Ortsbürgermeister.

Sein Kommentar dazu lautet: Es ist zwar schön, hier so ein gutes Ergebnis erzielt zu haben, insgesamt gesehen ist das Ergebnis in Sperenberg und Frauendorf jedoch nicht zufriedenstellend.

Worin sehen wir weitere Ursachen, dass bei der Wahl etablierte Kandidaten abgeschlagen wurden und Quer-einsteiger die Stichwahl unter sich ausmachen?

Verdrossenheit der Wähler gegenüber praktizierter Politik ist nicht mehr nur in Wahlverweigerung zu finden, sondern auch in größerem Maße Abstrafung der handelnden Kommunalpolitiker. Diese werden für alle Fehler direkt verantwortlich gemacht.

Es ist schon erstaunlich, dass Kandidaten gewinnen, die im Dorf niemand kennt bzw. die sich in der Großgemeinde noch nicht eingebracht haben.

Für zukünftige Wahlen ist es notwendig, eine schlagkräftige Wahltruppe aufzustellen und rechtzeitig mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, um über die Ziele und Wege zu informieren.

Christa Zernick, Am Mellensee

---

ves soll auch nicht wegdiskutiert werden, aber es ist zur Zeit wenig für den Bürger zu spüren, was auf die Zukunft gerichtete konzeptionelle Arbeit für ein attraktives Luckenwalde betrifft.

Hartmut Ukrow, Luckenwalde



*Diana  
Golze  
hat  
das  
Wort*

## Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung. Nicht nur in dieser Frage werden Union und SPD der Bezeichnung Volkspartei nicht gerecht.

Ich habe – wie meine Fraktionskolleginnen und -kollegen – gegen die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan gestimmt, da ich der festen Überzeugung bin, dass man mit kriegerischen Mitteln keinen Frieden schaffen kann. Die 3.500 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan sind Teil des Krieges.

Diese Wahrheit auszusprechen, scheut sich die Bundesregierung. Die deutschen Tornados liefern Informationen, denen NATO-Bomber folgen. Seit 2001 sind in diesem Krieg über 100.000 Menschen ums Leben gekommen. Wo zivile Hilfe nötig wäre, fließt der Großteil des Geldes in den Krieg.

Dieser Einsatz kostet viermal soviel wie zivile Hilfsprojekte, hat das Land aber nicht näher an Frieden und Demokratie herangebracht. Der Krieg

zerstört Afghanistan weiter. Inzwischen ist das Land nicht mehr in der Lage, sich aus eigener Kraft zu ernähren. Lebensmittel müssen importiert werden. Trotz militärischer Präsenz von 50.000 NATO-Soldaten blühen Korruption, Waffengeschäfte und Drogenhandel. Unter den Augen der ausländischen Truppen hat der Opiumanbau neue Rekordwerte erreicht. 8.200 Tonnen Heroin wurden produziert. Die Mehrheit der Menschen ist ohne Arbeit, ohne Einkommen und ohne Bildung.

Zudem werden die ausländischen Streitkräfte von der Bevölkerung zunehmend als Besatzer empfunden. Unter diesen Bedingungen ist es auch für die zivilen Hilfskräfte schwer, das Vertrauen der Menschen vor Ort zu gewinnen.

Der so genannte Krieg gegen den Terror stärkt in Wirklichkeit den Terrorismus. Nur Abrüstung und Armutsbekämpfung öffnen letztlich den Weg aus dem Terrorismus heraus. <

Frieden kann man nicht durch Kriegseinsätze schaffen

Die Linksfraktion im Bundestag stimmte am 12. Oktober geschlossen gegen den weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Insgesamt sprach sich aber eine Bundestagsmehrheit von 454 Parlamentariern für den weiteren Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan aus. Leider widerspiegelt auch diese Abstimmung im Bundestag nicht die

## Sozialforum Cottbus

Sozialforen haben eigene Ansprüche. Die Idee kommt aus Brasilien und wurde da 2001 erstmalig verwirklicht. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ können Individuen, Bewegungen und gesellschaftliche Organisationen ihre Ideen für ein besseres Leben aller Men-

schens austauschen. In der „Charta von Porto Alegre“ sind die Grundsätze für alle in einem Raum (auch Stadion) befindlichen Menschen festgeschrieben. Beispielsweise alle, die ihn betreten, sind gleichwertig, gleichberechtigt und willkommen, insofern sie diese Grundsätze respektieren, Parteien als solche gehören nicht dazu. Niemand hat immer Recht, das Forum fasst keine Beschlüsse und gibt keine Erklärungen ab. Das können nur die verschiedenen sozialen Bewegungen im eige-

nen Namen. Ausgeschlossen sind politische Kräfte, die Krieg, bewaffneten Kampf und Völkerhass predigen und die Gleichwertigkeit aller Menschen leugnen.

In Cottbus fand das zweite deutsche Sozialforum vom 18. bis 21.10.07 statt. Die angebotene Themenpalette reichte von regionalen (Tagebaue Lausitz) über gesamtdeutsche, europäische und weltweite soziale Probleme, die durch die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und Kriegspolitik verursacht sind. Da viele Themen gleichzeitig behandelt wurden, war die Auswahl schwierig. Ich habe an acht Konferenzen und der Demo teilgenommen. Es war alles sehr lebendig, doch leider habe ich viel verpassen müssen. Die Diskussionen fanden am Freitag und Samstag von 9.00 - 19.00 Uhr

statt. Von 20.00 - 21.30 Uhr war jeweils eine Vernetzungsphase, und die Ergebnisse wurden am Sonntag in die Versammlung der sozialen Bewegungen eingebracht. Auch eine Demonstration zur Cottbusser Stadthalle gehörte zum Programm und wurde mit etwa 500 Teilnehmern durchgeführt.

Auf der Abschlusskundgebung rief Horst Schmittthener, IG Metall, zum Widerstand gegen soziales Unrecht auf, und Sara Andersson lud zum nächsten Forum in Malmö (Schweden) ein. Abends gab es jeweils noch kulturelle Angebote, z.B. Kino, Musik und Tanzen. Es waren erlebnisreiche und interessante Tage. Für das leibliche Wohl war gesorgt und Übernachtungsmöglichkeiten wurden auch in drei Turnhallen angeboten. Der Stadt Cottbus für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und den Veranstaltern für die Organisation ein herzliches DANKE. Rainer Weigt

**Kämpfen  
für Arbeit**

Bericht über ein Treffen mit unserer Abgeordneten Anita Tack. Am Montag, dem 15. Oktober 2007, trafen sich die Mitglieder der Basisgruppen der Blankenfelder DIE LINKE. und Freunde unserer Partei. Anita Tack ist verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag. Thema unserer Versammlung, die im Mahlower Bürgerhaus Heinrich-Heine-Straße stattfand, war

## Unsere Heimat – Leitbild für ein Brandenburg der Regionen

In ihren einleitenden Worten drückte die Abgeordnete Anita Tack ihre Freude und Genugtuung darüber aus, wie viele schöne Bauvorhaben inzwischen abgeschlossen worden sind. Wenn man durch die Regionen des Landes Brandenburg geht oder fährt, wird das sichtbar. Das „Leitbild“, das sich die Landesregierung gegeben hat, wäre jedoch insofern unzureichend, dass in erster Linie die schon vorhandenen Entwicklungskerne weiterhin gefördert werden. Solche Regionen wie Priegnitz, Uckermark, Oderland, überhaupt ländliche Areale, leiden unter Bevölkerungsabwanderung, Arbeitslosigkeit, Chancenlosigkeit für junge Leute, eine unzureichende gesundheitliche Betreuung der alternden Bevölkerung, nahezu keine Bildungs- und Sozialeinrichtungen für die junge Generation.

DIE LINKE. stellt daher in ihrer Gegenargumentation in ihrem „Leitbild“ Alternativen zur Regierungspolitik dar. Inhalt ist die Vision einer solidarischen, sozialen Gesellschaft – geprägt von Chancengleichheit und nachhaltiger Entwicklung im Land Brandenburg. Die Regionen sollen eine gleichwertige, gleichberechtigte Entwicklung nehmen. Es geht um ein „würdevolles Leben im ganzen Land“. Es geht um die Erweiterung des öffentlichen und staatlich beeinflussten Beschäftigungssektors. Entsprechend der aktuellen Situation stehen auch die Linken für eine Energiewende, den konsequenten Klimaschutz, z. B. die Nutzung alternativer Rohstoffe.

Im Leitbild der Regierung werden fünfzehn Wachstumskerne genannt, wobei ganze Bereiche unberücksichtigt bleiben. Wir sind für die Entwicklung kleinerer Städte, weil wir auch die kulturelle Vielfalt ländlicher Regionen fordern, für die solche kleineren Städte, z.B. im Havelland, enorm wichtig wären.

Unser Leitbild heißt Unsere Heimat.

Wir wollen uns mit jedem Ort in Brandenburg identifizieren, in dem die Menschen, auch ausländische Mitbürger eingeschlossen, „Heimat Brandenburg“ empfinden.

Kritisiert wurde auch von Anita Tack, dass der Großflughafen Schönefeld, wesentlich preiswerter geplant, inzwischen wesentlich schwerer auf der Tasche des Staates lastet.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Luftverkehr, so wie er bisher gestaltet und geplant wird, als der größte „Klimakiller“ gilt.

Temperamentvolle Worte fand die Abgeordnete in ihrem Plädoyer für den öffentlichen Bahnverkehr und gegen die Privatisierungsbestrebungen.

In dem Fragenteil der Veranstaltung wurde die Frage des Nachtflugverbotes und der so genannten „Randzeiten“ gestellt.

Wirtschaftlichkeitsgründe dürften nicht allein der Bevölkerung aufgetischt werden. Die Landtagsfraktion DIE LINKE. wurde eindeutig beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass an den gegebenen Versprechungen und gerichtlichen Festlegungen nicht geteilt wird. Dringend wird die Erarbeitung und Veröffentlichung von Lärmschutzkarten gefordert, in denen die Regionen, Flugzeiten und –bewegungen klar ausgewiesen werden.

Aus der Arbeitsgruppe „Flughafen“ wies die anwesende Mitarbeiterin auf die Sprechstunden für die Einwendungen und Internetadressen hin und erläuterte die Lärmbelastungen, die auch in der Informationsstelle Flughafen Berlin – Brandenburg per Simulator demonstriert werden.

Anita Tack lobte die Initiativen der Gemeinden, eigene Leitbilder für den jeweiligen Heimatort zu erstellen, und bot auch Hilfe für solche Entwicklungs-

konzepte an, was die Erstellung und Formulierung betrifft.

Die Bürger baten die Abgeordnete auch, sich um die Lärm- und Feinstaubbelastung in bestimmten Mahlower Wohngebieten zu kümmern. Fluglärm und Straßenlärm überfluten diese Wohngebiete, z.B. den Mahlower Kienitzberg.

Basisgruppe 3, Blankenfelde



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kostete bisher 1,9 Milliarden Euro – das Leben der Soldaten kann nicht mit beziffert werden.

Zur Information:

Unsere Fraktion DIE LINKE. hat als einzige geschlossen im Bundestag gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats gestimmt.

- 70000 Kinder und Jugendliche im Land Brandenburg müssen von Hartz-IV-Leistungen leben.
- Im September sind die Verbraucherpreise um 2,4 Prozent gestiegen.
- Strom- und Gaspreise sollen wieder steigen.
- Ministerin Ulla Schmidt: „Ich kann nicht versprechen, dass im kommenden Jahr oder sonst wann die Arzneimittelausgaben wieder steigen.“
- 2,27 Euro darf ein Schulkind, das von Hartz IV leben muss, täglich für Lebensmittel verbrauchen
- Schulkosten jeglicher Art sind im Regelsatz von ALG II nicht enthalten.

Fazit: kein Geld, keine Bildung!

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### aus erster Hand von Maritta Böttcher

#### Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld

Der SPD-Spitze ist der parteiinterne Machtkampf offenbar wichtiger als das Schicksal der Arbeitslosen. Es ist beschämend, mit welcher Ignoranz sich besonders Müntefering weigert, dieses drängende Problem zu lösen. In den Kassen der Bundesagentur für Arbeit stapeln sich die Überschuss-Milliarden. Von diesem Geld könnte man ein verlängertes ALG I für Ältere zehn Jahre lang finanzieren, ohne Kürzungen bei den Jüngeren vornehmen zu müssen.

Solange der SPD-Vorsitzende an der Agenda 2010 festhält, ist er nur zu sozialpolitischen Verrenkungen in der Lage. Die Wählerinnen und Wähler haben das längst erkannt. Die Sozialdemokratisierung der SPD wird ohne Abschied von der Agenda 2010 nicht zu machen sein.

Die Übernahme des DGB-Vorschlags für ein längeres Arbeitslosengeld I von Kurt Beck ist ohnehin nur ein Kompromiss und bleibt deutlich hinter der früheren Regelung zurück. Danach wurde älteren Arbeitslosen bis zu 32 Monate Arbeitslosengeld gezahlt, jetzt überlegt die SPD, dies von 18 Monaten auf 24 Monate anzuheben. Das bedeutet, dass ein Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Verdienst im Laufe seines Arbeitslebens 60.000 Euro in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, aber im Falle der Arbeitslosigkeit nur etwa 20.000 Euro zurückbekommt.

Besser ist der Vorschlag der LINKEN, dass bei einer nach Lebensalter gestaffelten Mindestzahldauer von bis zu 30 Monaten für jedes Jahr, in dem Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, ein Monat Arbeitslosengeld ausgezahlt wird. Bei 40-jähriger versicherungspflichtiger Berufstätigkeit gäbe es also den Anspruch auf 40 Monate Arbeitslosengeld. Damit

würde dem gerade erst vom Sozialgericht Berlin in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung festgestellten Eigentumschutz entsprochen. Das Gericht hält die Kürzung des Arbeitslosengelds I durch die Hartz-Gesetze deshalb für verfassungswidrig.

Jeder Verweis auf angeblich nicht vorhandene Finanzen für eine längere Auszahlung des Arbeitslosengeldes wird durch die Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit widerlegt. Nicht die jungen Arbeitslosen müssen für die Älteren bluten, wie es die CDU will, um Mehrkosten zu vermeiden, sondern die Arbeitslosenversicherung muss endlich wieder das tun, wozu sie vor 80 Jahren geschaffen wurde: die Betroffenen bei Arbeitslosigkeit angemessen abzusichern. Es ist allemal richtiger, die Überschüsse für eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes zu verwenden, als den Unternehmen durch die Senkung des Versicherungs-

---

### Danke, Lothar

Lothar Schreiber macht seit Langem seinem Namen alle Ehre: Er schreibt. In vielen Zeitungen meldet er sich zu Wort und vermittelt linke Positionen. Dabei reagiert er nicht nur, sondern er agiert. Auch die regelmäßig erscheinende „Spottdrossel“ in unserer kleinen Zeitung stammt aus seiner Feder. Lothar kann aus gesundheitlichen Gründen das Haus nicht mehr verlassen und kann somit nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen. Deshalb auch möchten wir ihm auf diesem Wege danken und ihm noch viele kluge Gedanken wünschen. Vor allem aber beste Gesundheit, viel Kraft für die Erfüllung seiner vielen Wünsche und Ideen.

Im Namen unserer Mitgliederversammlung vom 13.10.2007 Maritta Böttcher, Regionalverband TF Süd



beitrages, wie es Teile von Union und SPD vorhaben, weitere Milliarden-geschenke zu machen.

**Abschaffung der Kita-Gebühren**  
Die Stadt Heilbronn macht Nägel mit Köpfen in puncto Familien- und Kinderfreundlichkeit. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend ist Heilbronn die erste Großstadt in Deutschland, die – ab 2008 - komplett auf Gebühren für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen verzichtet.

Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung wird ab 2008 beitragsfrei.

Spremberg ist die erste Stadt im Land Brandenburg, in der ab dem 01.01.2008 Eltern für die Betreuung ihrer Kinder im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung keine Gebühren mehr zu zahlen brauchen. <

---

### SPD entdeckt soziale Gerechtigkeit

Das soziale Gewissen der SPD-Führung ist erwacht. Nunmehr will die SPD die Agenda 2010 korrigieren. Die von Schröder, Münte, Platzeck, Beck ursprünglich als alternativlos verteidigten sozialen Kürzungen sollen evtl. korrigiert werden. Die Anwartschaft von Arbeitslosengeld I soll für ältere Arbeitslose wieder verlängert werden. Die Anrechnung auf angesparte Vermögen innerhalb eines langen Arbeitslebens soll mehr geschützt werden. Plötzlich erwacht wieder das soziale Gewissen der SPD. Ein Glück, dass es DIE LINKE. gibt. Nur durch den Druck von links kann soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden. R.H.



## Was wirklich hinter dem Bahnstreik steckt

In den letzten Wochen war es nicht zu übersehen, die Medien hatten zeitweise kein anderes Thema und alle wollten mitreden – der Streik der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Deutschen Bahn AG (DB AG). Bedauerlich ist, dass sich viele Leute sowohl in den Medien als auch bei Stammtischgesprächen zu diesem Thema äußern, ohne wirklich Ahnung davon zu haben, wie komplex die Hintergründe und Auswirkungen dieses Arbeitskampfes sind.

Für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen sind bei der DB AG hauptsächlich drei Gewerkschaften zuständig. Die größte von ihnen ist die TRANSNET, die zusammen mit der GDBA (Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter) als Tarifgemeinschaft (TG) mit der DB AG über Tarifverträge verhandelt. In der vergangenen Tarifrunde Anfang Juli einigte sich die TG mit der DB AG unter anderem auf eine 4,5-prozentige Entgelterhöhung. Viele Kritiker hielten das Zustandekommen dieses Tarifvertrages (passenderweise kurz vor dem außerordentlichen Gewerkschaftstag, wo auch eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschlossen wurde) für ein weiteres Zugeständnis des Bahnchefs Mehdorn an Hansen (Vorsitzender TRANSNET), um sich damit auch weiterhin die Unterstützung des Gewerkschaftsbosses beim Durchsetzen des Börsenganges zu erkaufen.

Die dritte bei der DB AG agierende Gewerkschaft ist die (mittlerweile deutschlandweit bekannte) Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL). Sie vertritt den Großteil der bei der Bahn organisierten Lokführer – und auch nur diese. Schon in der Vergangenheit hat die GDL immer wieder versucht, einen eigenen Tarifvertrag für ihre Klientel durchzusetzen. Dies ist bislang erfolglos geblieben – immer wieder hat sich die GDL den durch die TG errungenen Tarifabschlüssen angeschlossen. Dass das in diesem Jahr anders aussieht, hat mei-

nes Erachtens einzig und allein den Hintergrund, dass ihr Vorsitzender, Herr Schell, im nächsten Jahr in den Ruhestand geht. Ein eigener Tarifvertrag für die Lokführer hat bei ihm die gleiche Priorität wie der Börsengang beim Bahnchef. Unter diesem Fokus gesehen, ist es durchaus verständlich, warum der GDL-Chef stur auf seiner Position beharrt und mit allen Mitteln seiner Macht versucht, sich vor der anstehenden Pensionierung noch ein Denkmal zu setzen.

Zugleich sollte man nicht vergessen, dass sich die GDL bisher stets gegen die geplante Bahnprivatisierung ausgesprochen hat. So wird es auch verständlicher, dass Mehdorn (bisher) ebenso stur jedes Zugeständnis an die Lokführer verhindert hat.

Ein weiteres Hindernis auf dem Wege zu einer Einigung ist sicherlich die Forderung einer Gehaltserhöhung von (mindestens) 31 %. Es ist unbestritten, dass (nicht nur) die Lokführer in den vergangenen Jahren auf vieles verzichtet, zusätzliche Stunden abgeleistet und so für den Erhalt von Arbeitsplätzen gesorgt haben. Außerdem ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Lokführer der DB AG im europäischen Vergleich zu den Geringverdienern zählen.

Trotzdem rechtfertigt dies weder die Beanspruchung der Gleichbehandlung mit Piloten (der Job als Lokführer ist nicht annähernd so risikoreich und verantwortungsvoll, da die Sicherungssysteme auf der Schiene denen in der Luft um einiges voraus sind), noch zu einer solch unverschämten hohen Entgeltforderung für eine einzige Berufsgruppe.

Es ist fraglich, wie vorteilhaft es wäre, wenn die GDL wirklich einen eigenen Tarifvertrag für die Lokführer durchsetzen könnte – und das ist ja bei den letzten Medienauftritten von allen GDL-Vertretern als Hauptverhandlungsziel hervorgehoben worden. Vielmehr sollte, wie ursprünglich im Schlichtungsgespräch vereinbart,

darüber verhandelt werden, wie die Einordnung der Lokführer (inkl. Arbeitszeit, Lohn etc.) in das Gesamttarifgefüge der DB AG erfolgen kann. Denn sollte die GDL sich wirklich durchsetzen und einen separaten Tarifvertrag aushandeln können, sind jahrelanges Gezerre für einen Manteltarifvertrag Schiene – der im Übrigen immer noch nicht allgemeingültig ist – umsonst gewesen.

Ganz davon abgesehen, dass in der Folge wohl als nächstes die Gleisbauer oder irgend eine andere Berufsgruppe anfrage, einen eigenen Tarifvertrag zu fordern.

Neben dieser Gefährdung der Tarifeinheit bei der Bahn und der drohenden Spaltung der Belegschaft bleiben da noch einige allgemeinpolitische Folgen, deren finale Auswirkungen noch nicht vollständig absehbar sind. Am gefährlichsten ist wohl die Entwicklung, dass sich ein Arbeitsgericht anmaßt, einen Streik zu untersagen. Schließlich steht eine solche Entscheidung im klaren Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Bestimmungen der Tarifautonomie.

Vielleicht lag das auch nur daran, dass sich dieses besagte Arbeitsgericht in Chemnitz befindet und somit in dem Teil der deutschen Republik liegt, in dem es jahrelang keine wirklichen Streiks, geschweige denn Gewerkschaften gab?! Auf jeden Fall ist das Ganze – beispielsweise die richterliche Untersagung von Arbeitskämpfen, die Einstellung von zusätzlichem Personal, um die Streiks entsprechend umgehen zu können – was da neben den überzogenen Entgeltforderungen der GDL (von denen sie sich ja nun auch schon öffentlich distanziert) läuft, noch bedeutend schlimmer.

Schließlich hat das Auswirkungen auf die unmittelbare Zukunft aller Gewerkschaften, Gewerkschaftsmitglieder und demzufolge auch die aller Arbeitnehmer unseres Landes.

Eberhard Podzuweit, Jüterbog

## So etwas wie ein Zwischenresümee

Seit Jahren erscheint in unserer Zeitung die „Lese-Ratte“. Anlass genug, um einmal darüber nachzudenken, warum ich lese, und zwar ziemlich viel.

Wer gern liest, ist nicht zu beneiden. Nicht nur, dass er von Enkeln und Ur-enkeln als altmodisch oder etwas zurückgeblieben eingestuft wird. Nein, er steht auch ganz allein vor einem unüberschaubaren Bücherberg. Alle 30 Sekunden erscheint irgendwo auf der Welt ein Buch. Insgesamt etwa eine Million neue Bücher pro Jahr. Damit wächst der Buchmarkt heute fünf mal so schnell wie die menschliche Bevölkerung.

Manchmal höre ich: „Ich lese nur gute Literatur!“ O je, wie selbstgefällig!

Was ist überhaupt gute Literatur?

Das, was auf der Spiegel-Bestseller-Liste steht? Das, was Marcel Reich-Ranicki oder Elke Heidenreich



dafür halten? Oder schlicht und einfach das, was einen spätestens auf Seite drei so in den Bann schlägt, dass man erst 200, 500 oder 700 Seiten später wieder daraus auftaucht und die Welt ein kleines bisschen anders sieht – egal, ob das Gelesene von Goethe oder von Rosamunde Pilcher ist?

Nun zu mir, ganz subjektiv. Ja, die Bücher sind für mich wichtig. Einige waren mir auf meinem Lebensweg sogar unverzichtbar, und zwar aus unterschiedlichen Gründen. Sie bestätigten meine Sicht auf die Welt. Sie rela-

tivierten meine eigenen, manchmal zu wichtig genommenen Erlebnisse. Sie ließen mich toleranter werden, weil sie Sichten auf andere Lebens- oder Denkweisen erschlossen.

Natürlich erweiterten auch einige meine Kenntnisse, das aber war nie der ausschlaggebende Grund, zu einem Buch zu greifen.

Manchmal war es auch nur eine Passage, ein Satz, was mich veranlasste, über das Gelesene nachzudenken.

Jedenfalls halfen mir die Bücher, mich selbst besser kennenzulernen, und sei es nur durch die Frage: Wie hättest du dich in dieser oder jener Situation verhalten?

Ich halte es mit Flaubert: „Lest nicht, wie die Kinder, zum Vergnügen, noch wie die Streber, um zu lernen, nein, lest, um zu leben.“

*Renate Klettke*

## Die Jakobikirche als Kulturgut

Die Jakobikirche ist eines der markantesten Bauwerke in Luckenwalde. Ihr Turm ist 72 Meter hoch und überragt damit alle Gebäude der Stadt. Am 12.12.1884 wurde sie nach zweieinhalbjähriger Bauzeit eingeweiht. Die auch aus dem Jahre 1884 stammende Turmuhr war sogar in der Weltausstellung in Chicago zu sehen. Doch nun nagt der Zahn der Zeit an Gebälk und Mauerwerk. Der Verfall dieses Kulturgutes droht. Für den Erhalt der Kirche kämpft der Förderverein mit großem Engagement.

Nicht nur Christen, sondern auch Konfessionslose gehören dem Förderverein an.

Die Jakobikirche als Kulturgut der Bevölkerung wieder zugänglich zu machen, ist das große Ziel, dem sich Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen verschrieben haben.

Ein guter Anfang ist gemacht. Der Fußboden wurde inzwischen begradigt, eine Großreinigung hat stattgefunden.



Monatlich finden nennenswerte Kulturveranstaltungen statt, die gut angenommen werden. Am 28. Juni war ein Gastspiel der Kavango Traditional Group aus Namibia (siehe Foto von R. Haase), ein echter Höhepunkt. Tänze und Lieder, die das Alltagsleben ihres Volkes darstellten,

wurden mit so viel Spaß und Temperament vorgetragen, dass es alle Besucher mitgerissen hat.

Auch für den Rest des Jahres sind weitere Höhepunkte geplant. So treten z.B. The Jackson Gospel Singers am 22.11.07 um 19.30 Uhr auf. Angekündigt sind auch Ivan Rebhoff und ein festliches Adventskonzert mit Gunther Emmerlich. Die Veranstalter rechnen mit einem ebenso reichlichen Zuspruch der Luckenwalder, wie das bei den stattgefundenen Konzer-

ten der Fall war.

Zusätzlich führt Frau Dr. Margitta Haase, die auch Abgeordnete der LINKEN im Stadtparlament ist, Interessierte auf Anfrage durch die Kirche und macht mit der Geschichte vertraut.

Ein Besuch lohnt sich immer!

Marianne Richter, Luckenwalde

## Wir gratulieren herzlich

Genossen Werner Eiserbeck zur Ehrenmedaille des Sports, überreicht am 28.09.07 im Luckenwalder Rathaus. Er wurde ausgezeichnet „...für sein Wirken für den Sport. Engagiert und leidenschaftlich ist er seit Jahrzehnten für den ehrenamtlichen Sport tätig.“

Kreisvorstand DIE LINKE.,  
Redaktion

## DIE LINKE. TF ist jetzt online!

Nun ist es endlich vollbracht: Unser Kreisverband präsentiert sich mit einem völlig neuen und interessanten Auftritt im Internet. Unter der Adresse

[www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de) findet man alles Wissenswerte rund um unsere Partei im Landkreis Teltow-Fläming.

So ist nun zum Beispiel unsere monatlich erscheinende Zeitung „DIE LINKE. Aktuell“ im Internet zu lesen, aber auch der Blick auf Pressemitteilungen des Landesverbandes Brandenburg ist möglich. Die Termine der Veranstaltungen und Versammlungen in den verschiedenen Gebietsverbänden und Basisorganisationen sind hier zu finden. Der Kreisvorstand wird in Wort und Bild vorgestellt nebst den Adressen, um mit uns in Kontakt zu treten.

Ein weiteres großes Kontingent auf unserer Seite nimmt die Kreistagsfraktion in Anspruch. Hier finden Sie Informationen über unsere Mitglieder im Kreistag Teltow-Fläming, die Termine der einzelnen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie selbstverständlich auch unsere Anträge und Initiativen, die wir für Sie, die Bürger im Landkreis, eingebracht haben.

In einem anderen Bereich unserer Homepage informieren wir über die zurückliegenden Wahlen und deren Ergebnisse. Zu finden sind hier unse-



## Glückwünsche

Marie Petermann in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 11.11.  
Günter Pötzsch in Mahlow zum 72. Geburtstag am 12.11.  
Inge Tomalla in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 13.11.  
Dora Pützschel in Mahlow zum 82. Geburtstag am 14.11.  
Anneliese Wirth in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 14.11.  
Johanna Reich in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 15.11.  
Erich Schmude in Am Mellensee zum 83. Geburtstag am 20.11.  
Werner Wenzel in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 20.11.  
Werner Langklotz in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 20.11.  
Gerhard Hausmann in Jüterbog zum 91. Geburtstag am 21.11.  
Brigitte Bloch in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 24.11.  
Elli Wünschmann in Luckenwalde zum 87. Geburtstag am 26.11.  
Christa Zernick in Am Mellensee zum 74. Geburtstag am 26.11.  
Gerda Müller in Rangsdorf zum 83. Geburtstag am 27.11.  
Erika Lorenz in Werder zum 78. Geburtstag am 28.11.  
Ursula Weber in Schöna/Kolpien zum 76. Geburtstag am 28.11.  
Rudolf Schiller in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 29.11.  
Margarete Perlitz in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 01.12.  
Biruta Schlag in Sperenberg zum 72. Geburtstag am 01.12.  
Inge Doeblen in Rangsdorf zum 74. Geburtstag am 04.12.  
Werner Eiserbeck in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 07.12.  
Karl-Heinz Stüber in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 07.12.  
Hannelore Clemens in Jüterbog zum 79. Geburtstag am 08.12.  
Herbert Fiedler in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 08.12.  
Vera Ferdinand in Am Mellensee zum 78. Geburtstag am 09.12.

## Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:

Frank Donath in Dahme/Mark zum 50. Geburtstag am 13.11.  
Christa Wetzel in Schönefeld zum 70. Geburtstag am 14.11.  
Gisela Renner in Dahlewitz zum 70. Geburtstag am 22.11.  
Günter Kühn in Am Mellensee zum 80. Geburtstag am 25.11.  
Rainer Kaufke in Mahlow zum 65. Geburtstag am 30.11.  
Karin Odebrecht in Mahlow zum 70. Geburtstag am 02.12.  
Richard Wiesing in Luckenwalde zum 70. Geburtstag am 09.12.

re verschiedenen Wahlprogramme und die angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten.

Und zu guter Letzt ist es natürlich auch möglich, sich über die Mitgliedschaft in unserer Partei zu informieren und selbstverständlich auch einzutreten. Des Weiteren bieten wir die Möglichkeit, in unserem Online-Shop diverse Materialien und Artikel der Partei DIE LINKE. zu erwerben,

ebenso finden sich weiterführende Links, z. B. auf die Seiten der Parlamentsfraktionen, der Bundespartei und unseren Landesverband.

Alles in allem lohnt sich der Besuch unserer Webseite und wir würden uns freuen, wenn Sie ruhig öfter mal unter „[www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de)“ reinschauen würden.

Felix Thier, Internetredaktion

## Termine

- 07.11.07 10.00 Uhr  
AG Senioren  
Bürgerbüro Ludwigsfelde
- 07.11.07 09.00 Uhr  
Gebietsvorstandssitzung  
Luckenwalde  
Geschäftsstelle Luckenwalde
- 12.11.07 19.00 Uhr  
Kreisvorstand Geschäftsstelle  
Luckenwalde
- 14.11.07 15.00 Uhr  
Redaktionssitzung  
Geschäftsstelle, Luckenwalde
- 22.11.07 16.00 Uhr  
Eröffnung der Ausstellung  
„Jute 1000 vom Zuckertütenfest“  
Geschäftsstelle Jüterbog
- 22.11.07 18.00 Uhr  
Skat- und Rommé-Turnier  
Geschäftsstelle Jüterbog
- 28.11.07 17.00 Uhr  
Fraktionssitzung Jüterbog  
Geschäftsstelle Jüterbog
- 06.12.07 ab 14.30 Uhr  
- Seniorenkommission  
- Roter Stammtisch  
- Regionalvorstand  
Geschäftsstelle Jüterbog

## Zum Artikel „Anderer Meinung“

Lothar Schreiber zum oben genannten Artikel in DIE LINKE. Aktuell, Oktober-Ausgabe:

Ich gebe Petra Haase völlig recht. Auch ich lehne es generell ab, die DDR pauschal zu verurteilen, genauso wenig wie man das mit der BRD tun kann.

Ich schäme mich natürlich für vieles, was in der DDR absolut nichts mit Sozialismus zu tun hatte, ihm sogar widersprach. Auch deshalb, weil ich einiges selbst mitgemacht habe.

Ich bin aber stolz auf all das Gute, das die DDR hervorgebracht hat und von dem die Menschen im Kapitalismus nur träumen können. Aber gerade deshalb wird ja dieses Gute vom größten Teil der BRD-Politiker so in den Schmutz gestoßen, weil sie etwas Gleichartiges nicht zu bieten haben. Sie tun immer so, als wäre die BRD der Idealstaat. Dabei gibt es hier mehr als genug zu bemängeln, besonders nach der Zwangsvereinigung. Petra hat ja einiges davon aufgezählt. Sind das nicht mehr als deprimierende Erlebnis-

se, denen Millionen Menschen ohne eigenes Verschulden ausgesetzt sind?

Wenn ich nur an das Theater mit der Stasi denke, als ob es nur sie in der DDR gegeben hätte. Ich will sie beileibe nicht in Schutz nehmen, doch verglichen mit den Verbrechen der CIA und anderer US-Geheimdienste waren sie doch Waisenknaben. Aber ein großer Teil der Menschen der westlichen Welt hat sich wohl schon so an die Verbrechen der CIA gewöhnt, dass man schon darüber hinwegsieht. Für mich ist deshalb die CIA das größte Verbrechensyndikat auf der Welt, das millionenfach Morde im Auftrag der US-Monopole verübte und zig demokratische Regierungen stürzte und US-hörige Diktatoren einsetzte.

Bei der Beurteilung von historischen Prozessen sollte man nie in den Fehler verfallen, sie losgelöst von den Gesamtzusammenhängen zu betrachten, weil man dann automatisch falsche Schlussfolgerungen zieht. <

---

1. bundesweiter Frauenworkshop der Partei DIE LINKE in Esslingen am 09.11.07 Anmeldungen unter: [ulrike.zerhau@die-linke.de](mailto:ulrike.zerhau@die-linke.de)

---

1. Bildungspolitische Konferenz vom 23. - 25. November 2007 in Hamburg, Anmeldung erforderlich unter: [geschäftsstelle@hier-ist-die-linke-hamburg.de](mailto:geschäftsstelle@hier-ist-die-linke-hamburg.de)

## 1. Kreisparteitag

Am 03.11.2007 wählte der 1. Kreisparteitag einen neuen Kreisvorstand, die Kreisfinanzrevisionskommission sowie zwei Delegierte zum Bundesparteitag und sieben Delegierte zum ersten Landesparteitag. Beschlossen wurden in Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 Kommunalpolitische Leitlinien. DIE LINKE. Aktuell wird in ihrer nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.

---

## In eigener Sache

Manfred Gustke hat aus persönlichen Gründen die Redaktion der Zeitung „DIE LINKE. AKTUELL“ mit sofortiger Wirkung verlassen.

Die Erarbeitung der Druckvorlagen wird er noch bis zum Jahresende gewährleisten.

Die Redaktionskommission

## IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Kornelia Wehlan

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Intern.: [www.pds-teltow-flaeming.de](http://www.pds-teltow-flaeming.de)

E-Mail: [info@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:info@dielinke-teltow-flaeming.de)

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: [dielinke.jueterbog@t-online.de](mailto:dielinke.jueterbog@t-online.de)

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: [ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de](mailto:ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de)

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 17. Oktober 2007, der nächsten Ausgabe: 14. November 2007

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.